

### Sozialmonitoring 2017 - Ernüchternde Bilanz : Erhebliche Absenkung des Sozialstatus in Gebieten, in denen eine große Flüchtlingsunterkunft angesiedelt wurde

Hamburg, 07. Februar 2018

Der Leiter des Zentralen Koordinierungsstabes für Flüchtlinge (ZKF), Anselm Sprandel plant und belegt noch immer zu große Flüchtlingsunterkünfte. Außerdem schließt er Standorte, obwohl die Stadt für eine kleinteilige Unterbringung der Geflüchteten deutlich mehr Standorte braucht. In einem Statement greift er die Volksinitiative HGI an, indem er behauptet, die Kompromisse zur Flüchtlingsunterbringung und Integration seien „zu teuer“ und „nicht hilfreich“ gewesen.

Anders sieht das nun die Stadtentwicklungssenatorin Frau Stapelfeld. Sie stellt das Sozialmonitoring 2017 vor und zeigt auf, dass es in fünf Gebieten eine deutliche Absenkung des Sozialstatus gab. Tatsächlich sank der Sozialstatus dort um zwei Stufen von mittel auf sehr niedrig. Dabei handelt es sich um Gebiete, in denen große Flüchtlingsunterkünfte angesiedelt wurden: Wilhelmsburg, Bahrenfeld, Sülldorf, Langenhorn und Harburg.

Folgerichtig weist sie darauf hin „dass in allen anderen Gebieten aufgrund der Flüchtlingszuwanderung keine deutliche Änderung des sozialen Status feststellbar ist“

Der stadtentwicklungspolitische Sprecher der FDP, Jens P. Meyer, spricht es deutlicher aus: "Die Praxis des Senats bei der Flüchtlingsunterbringung hat dazu geführt, dass in fünf Gebieten wie befürchtet Tendenzen der Gettoisierung und große soziokulturelle Probleme entstanden sind."

#### O-Töne

Harald L. (HGI / Lurup-Osdorf-Bahrenfeld) erklärt: „Genau das habe ich Frau Stapelfeld bei der öffentlichen Anhörung im CCH vor zwei Jahren am 11.02.2016 gesagt. Wer diese großen Flüchtlingsunterkünfte baut, der überfordert einen Stadtteil und gefährdet eine gelungene Integration. Damals wurde die Aussage noch als polemisch abgetan. Heute muss Frau Stapelfeld selbst die Zahlen präsentieren, die genau das bestätigen: Es ist falsch und gefährlich, grobe Fehler in der Stadtentwicklung zu machen. Und die Fehler setzen sich in Kitas und Schulen fort.“

Klaus Schomacker (HGI): „Das wusste wirklich jeder, dass eine gute Integration auch gute Bedingungen braucht. Frau Stapelfeld hatte den Hamburger Bürgern damals nicht zuhören wollen. Nun präsentiert sie uns die ersten Resultate ihrer fehlgeleiteten Politik.“

Michael Neumaier (IFI/ VIN Rissen) „Nun, da es auch kein Schönreden mehr gibt, sollten sich alle – vom Bezirk bis zu den Senatsbehörden - anstrengen, um diese alten Fehler zu vermeiden. Besonders Herr Sprandel sollte sich mit diesem Zahlenwerk beschäftigen. Vielleicht sieht er dann, welchen Schaden die Volksinitiative abwenden konnte, den diese Stadt zweifellos genommen hätte.“

Ralf Blinkmann (IFI/Lebenswertes Kleinborstel): „32 von 133 Standorten sollen weiterhin mit mehr als 300 Flüchtlingen betrieben werden. Herr Sprandel sollte sich schnellstens an die Arbeit machen. Mehrere, kleine Standorte sind im Übrigen nicht teurer als große Unterkünfte. Sie kosten lediglich mehr Arbeitseinsatz. Eine am Ende gelungene Integration und gleichzeitig auch sinnvolle Stadtentwicklung sollte es Herrn Sprandel wert sein.“

[www.gute-integration.de](http://www.gute-integration.de)

Ansprechpartner für die Medien:

Klaus Schomacker

Tel.: 01578 / 3 28 55 55 / [klaus.schomacker@t-online.de](mailto:klaus.schomacker@t-online.de)

